

VENRO-Stellungnahme

Die Terroranschläge und die Folgen: Handlungsbedarf aus Sicht der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen

Bonn, 12. Oktober 2001 – Die Anschläge vom 11. September 2001 haben die Grundwerte von Milliarden von Menschen in der ganzen Welt grundsätzlich in Frage gestellt. Es steht außer Zweifel, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen sind. Die Bombardements von Zielen in Afghanistan durch amerikanische und britische Luftstreitkräfte halten wir jedoch für unangemessen, da sie die Isolierung der mutmaßlichen Terroristen von einem unterstützenden Umfeld erschweren. Neue Gewaltausbrüche im Nahen Osten und in anderen Ländern sind wahrscheinlich. Die ohnehin dramatische Lage der afghanischen Flüchtlinge wird immer aussichtsloser. In jedem Fall ist sicherzustellen, dass die Gegenmaßnahmen in ein politisches Gesamtkonzept eingebunden sind, das Gebot der Verhältnismäßigkeit nicht verletzt wird und der Schutz und die Sicherheit unbeteiligter Zivilisten unbedingt gewährleistet ist.

Es hat sich längst die Einsicht durchgesetzt, dass Terrorismus nicht militärisch besiegt, sondern nur langfristig mit international abgestimmten politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Maßnahmen und Strategien überwunden werden kann. Bundespräsident Johannes Rau hat am 14. September in Berlin gesagt: *Der beste Schutz gegen Terror, Gewalt und Krieg ist eine gerechte internationale Ordnung.* Dem Terrorismus kann der Nährboden nur dadurch entzogen werden, dass Perspektivlosigkeit, Marginalisierung und Ungerechtigkeit weltweit reduziert werden. Die Entwicklungspolitik kann dazu einen wesentlichen Beitrag leisten und sollte dementsprechend ausgebaut werden. Es muss gelingen, im Rahmen des Konzepts von *menschlicher Sicherheit* das Bedürfnis aller Menschen nach einer menschenwürdigen Entwicklung zu befriedigen und die dafür erforderlichen stabilen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Voraussetzungen zu schaffen.

Für eine nachhaltige Bewältigung der gegenwärtigen politischen Krise sind aus unserer Sicht folgende Maßnahmen notwendig:

1. Terrorismus im Rahmen der Vereinten Nationen bekämpfen

Der Kampf gegen den Terrorismus ist eine Aufgabe der internationalen Völker- und Staatengemeinschaft. Es ist daher zu begrüßen, dass der UN-Sicherheitsrat am 29. September 2001 eine Resolution verabschiedete, nach der alle Staaten verpflichtet sind, die finanzielle Unterstützung von Terrorismus durch ihre nationale Gesetzgebung als Verbrechen zu ahnden und international auf dem Gebiet der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Terrorismus zusammenzuarbeiten.

Die Vereinten Nationen stellen einen geeigneten internationalen Ordnungsrahmen dar, um weitere völkerrechtliche Vereinbarungen zur Prävention und Bekämpfung des Terrorismus zu treffen. Im einzelnen bedeutet dies:

- Ratifizierung der von der UN-Vollversammlung 1999 verabschiedeten Internationalen Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus
- Erhöhung der politischen Akzeptanz und der finanziellen Ausstattung des Internationalen Strafgerichtshofes
- Verstärkung der Maßnahmen zur Kontrolle des Handels mit und der Weitergabe von Waffen aller Art, insbesondere von Kleinwaffen, und zur weltweiten Ächtung von Landminen

2. Krisenprävention ausbauen und regionale Konflikte politisch lösen

Da Konflikte integraler Bestandteil gesellschaftlicher Prozesse sind, kommt es darauf an, die Fähigkeit der Gesellschaften zu stärken, auf gewaltfreie Weise mit ihren Konflikten umzugehen. Bemühungen um eine konsequente Krisenprävention sollten - wo immer möglich - unterstützt werden. Aufgrund ihrer Nähe zu den Zielgruppen sind hier insbesondere Nichtregierungsorganisationen in der Lage, unterhalb der staatlichen Ebene Konflikte konstruktiv zu bearbeiten. Die internationale Gemeinschaft sollte ihre Antwort auf die Terroranschläge mit einer Initiative verbinden, festgefahrene Konflikte politisch lösen zu helfen. Nicht nur die Entschärfung des Nahost-Konfliktes ist dringend notwendig, sondern auch für die Lösung von sogenannten *vergessenen Konflikten*, z.B. Sudan, Angola, Kaschmir, Kolumbien, Sri Lanka, müssen neue politische Initiativen ergriffen werden. Im Einzelnen bedeutet dies:

- Erarbeitung langfristiger Konzepte der Krisenprävention und kurz- bzw. mittelfristiger Konzepte für den Wiederaufbau bürgerkriegszerstörter Gesellschaften
- Einrichtung von Foren für permanente Konsultationen, um in den verschiedenen Konfliktregionen Lösungen für die politischen, wirtschaftlichen und humanitären Probleme zu entwickeln
- Verstärkte Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen in den Bereichen Krisenprävention, Katastrophenvorbeugung, Ernährungssicherung, Not- und Flüchtlingshilfe sowie medizinische Versorgung
- Ausbau des Instruments Ziviler Friedensdienst und der Förderung von Friedensallianzen auf zivilgesellschaftlicher Ebene

3. Globale Rahmenbedingungen verbessern

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist im Zuge der Globalisierung weiter gewachsen. Die gegenwärtige Form wirtschaftlicher Globalisierung geht an den Interessen der Mehrheit der Weltbevölkerung vorbei. Viele Menschen in den Entwicklungsländern haben Gefühle von Ohnmacht, Ausgrenzung und Unterlegenheit, die einen fruchtbaren Nährboden für Extremismus darstellen und Menschen für Terrorakte mobilisierbar machen. Daher kommt der politischen und ökonomischen Integration der Entwicklungsländer in den Globalisierungsprozess und der Verantwortung der Industrienationen für weltweite soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte eine noch größere Bedeutung zu als zuvor. Im Einzelnen bedeutet dies:

- Reform und Stärkung der Vereinten Nationen sowie Verbesserung der Repräsentanz aller Staaten in den Entscheidungsorganen der Internationalen Finanzinstitutionen
- Reform der WTO-Regeln, z.B. in den Bereichen TRIPS und Ernährungssicherung

- Ausweitung der beim Kölner G7-Gipfel initiierten Entschuldungsinitiative (HIPC II) auf weitere Länder
- Verbesserung der Entwicklungsfinanzierung, auch durch Vermeidung von Geldwäsche und Steuerflucht sowie durch die Einführung neuer Instrumente, z.B. Tobin Tax bzw. CO²-Steuer

4. Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung stärken

In Anlehnung an Willy Brandts Feststellung, dass Entwicklungspolitik die Friedenpolitik des 21. Jahrhunderts sei, muss die Entwicklungspolitik aufgewertet werden. Sicherheit, Frieden und nachhaltige Entwicklung können unter den Bedingungen extremer Ungerechtigkeit und Ungleichheit nicht gedeihen. Über 1,2 Mrd. Menschen müssen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen, 800 Mio. Menschen hungern täglich. Mehr denn je kommt es darauf an, Armut zu überwinden, soziale und kulturelle Ausgrenzung zu beenden und die natürlichen Lebensgrundlagen aller Menschen zu schützen. Die von der Bundesregierung zur Terrorismusbekämpfung vorgesehenen zusätzlichen 200 Mio. DM im Jahr 2002 für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) reichen angesichts der weltweiten Krisen und Konflikte bei weitem nicht aus. Sie stehen auch in keinem Verhältnis zu den zusätzlichen 1,5 Mrd. DM, die das Verteidigungsministerium für die Terrorismusbekämpfung erhalten soll. Es ist dringend notwendig, Entwicklungspolitik als zentrale Zukunftsaufgabe deutscher Regierungspolitik zu stärken und das von der Bundesregierung beschlossene Aktionsprogramm 2015 entschlossen umzusetzen. Dazu müssen der BMZ-Haushalt substanziell erhöht werden und innerhalb des BMZ-Haushalts neue Akzente gesetzt werden. Im Einzelnen bedeutet dies:

- deutliche Erhöhung des BMZ-Etats 2002
- Bereitstellung von mindestens 0,15% des Bruttosozialprodukts zur Unterstützung der ärmsten Länder, wie auf der LDC III-Konferenz im Mai 2001 in Brüssel vereinbart
- Festlegung eines verbindlichen Zeitrahmens, der sicherstellt, dass in Deutschland das bereits international vereinbarte Ziel bis zum Jahr 2010 erreicht wird, 0,7% des Bruttosozialprodukts zur Unterstützung der Entwicklungsländer bereitzustellen
- Verstärkung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zur Förderung der Völkerverständigung, des interkulturellen Dialogs und des Verständnisses von nachhaltiger Entwicklung

5. Humanitäre Hilfe darf nicht zum Feigenblatt der Politik werden

Gleichzeitig mit den Angriffen auf militärische Ziele in Afghanistan wurden Lebensmittel und Medikamente aus Flugzeugen abgeworfen. Dieser Abwurf wurde von den Verantwortlichen als eine die militärischen Aktionen flankierende „humanitäre“ Operation bezeichnet. Diese Vermischung militärischer Zielsetzungen mit humanitärer Hilfe weisen wir zurück. Der ziellose Abwurf von Medikamenten und Lebensmitteln aus Militärflugzeugen ist völlig unangemessen und kann die Zivilbevölkerung erheblichen Gefährdungen aussetzen. Mit dieser Strategie, durch das Abwerfen von Hilfsgütern politische Unterstützung in Afghanistan und in der übrigen Welt zu erreichen, werden die Prinzipien der humanitären Hilfe verletzt und die Arbeitsbedingungen der Hilfsorganisationen noch weiter erschwert. Im Einzelnen bedeutet dies:

- Die Anrainerstaaten Afghanistans müssen dazu bewegt werden, gemäß Genfer Flüchtlingskonvention ihre Grenzen zu öffnen. Gleichzeitig müssen die Empfängerländer entsprechend finanziell unterstützt werden. An die Flüchtlingshilfe in Afghanistan sollten sich Massnahmen der Rehabilitation und Entwicklungszusammenarbeit anschließen.
- Zivile, unparteiische Hilfsorganisationen müssen Zugang zu den Flüchtlingen innerhalb und ausserhalb der Grenzen Afghanistans erhalten
- Die politische Unabhängigkeit der humanitären Hilfe muss gewahrt bleiben